

## Konzert mit Gesang, Klang und Tanz

**MITTELKALBACH** Ein Konzert unter dem Motto „Wie eine Feder auf dem Atem Gottes“ findet am heutigen Samstag in der Kirche St. Sebastian in Mittelkalbach, die zur Kirchengemeinde St. Kilian Kalbach gehört, statt. Im Konzert spannt Alexandra Pesold aus Eichenried einen Bogen von Kompositionen der byzantinischen Äbtissin Kassia aus dem achten Jahrhundert über Gesänge der heiligen Hildegard von Bingen aus dem elften Jahrhundert bis zu Liedern der Gegenwart unter anderem aus Israel und Brasilien und schließt mit einem getanzten und live mehrstimmig eingesungenen Abendgebet der Native Americans. In Eigenkompositionen erklingen Obertongesang, Gitarre, Gongs, Klangschalen, Chimes, Sansula und Glasflöte. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten. **chi**

## Wildunfall mit getötetem Reh

**SPEICHERZ** In der Nacht von Donnerstag auf Freitag ist ein 31-jähriger Fahrer in einen Wildunfall bei Motten verwickelt worden. Laut Polizei hatte er kurz nach Mitternacht die Staatsstraße zwischen Speicherz und der A-7-Anschlussstelle befahren, als plötzlich ein Reh vor dem Fiat über die Fahrbahn lief. Der Fahrer konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen; der Pkw erfasste das Tier frontal. Das Reh verendete an der Unfallstelle; der 31-Jährige blieb unverletzt. Der Blechschaden wird auf rund 1500 Euro geschätzt. **nz**

### KURZ & BÜNDIG

„TANZ IN DEN MAI“ heißt es am Montag, 30. April, beim Landgasthof Krackhof bei Rückers, wenn das Mai- und Kastanienblütenfest gefeiert wird. Los geht es um 19 Uhr mit den Original Rhönadlern. Am 1. Mai wird ab 9.30 Uhr zum Frühschoppen geladen.

# Politik plädiert für die Süd-Varianten

Resolution der Gemeindevertretung zum Bahnausbau / Gespräch mit Planern

## NEUHOF

Nach den Nachbarkommunen hat sich nun die Politik der Kaligemeinde zum Ausbau der Bahntrasse Fulda-Frankfurt mit einer Resolution positioniert. Darin lehnt sie drei Trassenvarianten ab; und stellt zugleich eine weitreichende Forderung.

Von unserem Redaktionsmitglied **NORMAN ZELLMER**

Wie aus dem Resolutionstext hervorgeht, lehnt die Gemeindevertretung eine weitere Bahntrasse durch Neuhoof ab. Konkret werden die Varianten V, die nah an der jetzigen Bahnstrecke verläuft, VI, die an Rückers und Niederkalbach entlangläuft, sowie VII, die an Flieden und Neuhoof verläuft, abgelehnt; stattdessen wird sich für die überwiegend in Tunneln verlaufenden Varianten im Spessart und IV unter Kalbach hindurch ausgesprochen. Zugleich wird gefordert, dass die Bestandsstrecke durch das Neuhoof Gemeindegebiet „komplett und unabhängig von allen anderen Varianten Lärmschutz“ mindestens nach den Grenzwerten der Bundesimmissionschutzverordnung erhält, weil diese nach dem Ausbau von zusätzlichem Güterverkehr betroffen sein wird.

Wohngebiete an Berghängen in Neuhoof, Dorfborn, Tiefenrugen und Niederkalbach seien ohnehin „unweigerlich von zusätzlichem Lärm betroffen“ – nicht nur durch den Lärm der Züge, sondern wegen der „jahrrelangen Baumaßnahme selbst“. Die Lebensqualität der Bürger sehen die Fraktionen beeinträchtigt. Das „Schutzgut Mensch“ müsse bei den Vorplanungen der Bahn höchste Priorität genießen. Die Politik weist in der Resolution außerdem bei den Varianten VI oder VII auf den Oppenberger Berg hin: Die Gründe, die zur damaligen Ablehnung der Trassenführung



Da die Bahntrasse Fulda-Frankfurt in Neuhoof zwischen den ehemaligen Ortsteilen des Kernorts verläuft, sind Anwohner besonders stark vom Lärm der Züge betroffen. Der Abschnitt in Osthessen gilt als überlastetes Nadelöhr im transeuropäischen Güterverkehr und soll ausgebaut werden. Foto: Corinna Hiss

der A66 durch den Hügel geführt hätten, seien nun auch beim Bahnbau ausschlaggebend. Zudem würde die Hochwassersituation verschärft, wenn diese Varianten gebaut würden.

Es waren eine kurze Diskussion, Wortmeldungen mehrerer Abgeordneter und des Gemeindevorstands sowie eine dreiminütige Sitzungsunterbrechung notwendig, bis sich die Grünen-Fraktion dem Resolutionstext – zähneknirschend – anschloss. Ursprünglich hatte sich Grünen-Sprecher Josef Benkner verwehrt, weil die Varianten V durch Neuhoof insgesamt am kürzesten und der Stromverbrauch der Züge dadurch am geringsten – und klimafreundlichsten – sei, während die Spessart-Routen 25

Prozent länger seien. Ausschlaggebend für den Grünen-Schwenk waren Erläuterungen des Ersten Beigeordneten der Gemeinde, Franz Josef Adam (CDU): Demnach sei bei der Umsetzung von Variante V mit

## „Wäre eine Vollkatastrophe“

den längsten Bauarbeiten zu rechnen und „kein Gleis der Bestandsstrecke bleibt, wo es jetzt ist“. Schon beim Autobahnbau waren die Gleise verlegt worden. Adam betonte außerdem, dass mit der Umsetzung von Variante VII sowie im Zusammenspiel mit der bestehenden Strecke und der A66 Neuhoof mit einem „flächendeckenden Lärm-

teppich überzogen“ und der Bevölkerung die letzten Freiräume für Erholung genommen werde. „Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen.“

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Michael Vogel, betonte, dass die Politik die Pflicht habe, für ihre Bürger Stellung zu beziehen. Als Gemeindevertretung müsse man „für etwas stehen“. Vogel hatte den interfraktionellen Resolutionsentwurf, der ursprünglich auf einen Text der BLN zurückgeht, in das Parlament eingebracht. Ähnlich äußerte sich SPD-Sprecherin Petra Hartung, die die Grünen ausdrücklich bat, sich der Resolution anzuschließen. Variante V bedeute eine „sehr hohe Belastung“ für die Anwohner.

Bürgermeister Heiko Stolz (CDU) stellte sich an die Seite

der Gemeindevertretung und lobte, dass die Politik eine klare Position zu den Bahnplänen beziehe. Er äußerte sich wie sein Stellvertreter Adam deutlich zur Variante VII: „Sie wäre eine Vollkatastrophe.“ Daher habe er sich an die Chefplaner der Bahn gewandt, die gestern Nachmittag in die Kaligemeinde kommen wollten, um sich die Meinung der Verwaltungsspitze zu den Ausbauplänen und deren Folgen für die Einwohner anzuhören. In der kommenden Woche will die Bahn ein weiteres Dialogforum – dieses begleitet seit 2014 die Vorplanungen zum Streckenausbau – stattfinden. Stolz kündigte an, für Mai eine Bürgerinformationsversammlung zu organisieren, um über den aktuellen Planungsstand aufzuklären.

## Grabschmuck entwendet

**SCHLITZ** Zwischen Mittwochabend vergangener Woche und Montagabend dieser Woche haben Unbekannte auf dem Friedhof am Grabenberg in Schlitz Grabschmuck von einer Ruhestätte entwendet. Zudem wurde eine mit Moos verzierte Fläche zerstört. Es entstand ein Sachschaden von rund 100 Euro. Hinweise unter Telefon (066 42) 16 47. **chi**

### KURZ & BÜNDIG

**DIE SCHULE** „An der Wäschel“ in Lauterbach und die Turnhalle sind laut Polizei zwischen Freitag vergangener Woche und Mittwoch beschmiert worden. Schaden: rund 200 Euro. Hinweise an die Polizei unter Telefon (066 41) 97 10.

### TERMIN

**Natur- und Wanderfreunde Großenlüder.** Kleine und große Wanderung mit Rast zum Storchnest im Lüdertal in Großenlüder morgen, Sonntag. Treffpunkt: 10 Uhr, Gasthaus „Zum Hirsch“, Lauterbacher Straße 16. Weitere Info bei Walter Motz, Telefon (066 48) 86 20.

# Weg für Entlastung von Familien geebnet

Beschluss der Gemeindevertretung zu Befreiung von Kita-Gebühren

## BAD SALZSCHLIRF

Das Gesetz zur Befreiung von den Kita-Gebühren ist für den Sommer geplant; schon jetzt soll der Weg zur Entlastung in Bad Salzschlirf geebnet werden. Die CDU hatte einen entsprechenden Antrag in der Gemeindevertretung verabschiedet.

Er sieht die Befreiung der Eltern von den Kindergartengebühren von bis zu sechs Stunden täglich vor, wenn sie ihre Kinder im Bad Salzschlirfer Kindergarten betreuen lassen. Die Landesregierung bringt derzeit ein entsprechendes Gesetz auf den Weg. „Man könnte meinen, es ist eine Art Schaufensterantrag, weil es ohnehin Gesetz wird in Hessen“, sagte CDU-Fraktionschef Steffen Blum. Er sei aber nicht umsonst, weil ein formeller Antrag der Kommune beim Land benötigt werde, um die Befreiung zu ermöglichen, erklärte der CDU-Chef unter Berufung auf die Kommunalpolitische Vereinigung. Ein Beschluss der Ge-



Kindergartengebühren sollen ab August bis zu sechs Stunden täglich kostenfrei sein, so auch in der Kita St. Michael. Foto: Corinna Hiss

meindevertretung sei eine Notwendigkeit, „um den Gemeindevorstand handlungsfähig zu halten“.

CDU-Kollege Kartz-Bogislav Baller kritisierte das Land, das Sozialleistungen zunehmend „mit der Gießkanne“ verteile, statt Entlastungen an den Grad

der Bedürftigkeit der Betroffenen zu koppeln. Dies widerspreche der katholischen Soziallehre.

Nach einer Aussprache wurden unter anderem zwei Passus aufgenommen, nach denen der Träger der Kita eine Änderung der Gebührensatzung

vorbereiten und Einvernehmen von Träger und Gemeindevorstand über die Gebührenbefreiung hergestellt werden sollen. Zudem steht die Beitragsbefreiung unter dem Vorbehalt, dass das Land die Kosten der Betreuung von sechs Stunden täglich tatsächlich

übernimmt.

Denn zuvor hatte FWL-Fraktionschef Frank Post angemerkt, dass aus Wiesbaden noch gar kein gültiger Gesetzestext vorliegt. Zudem müssten die Gebührenmodelle der Kita angepasst werden, weil sich die geplante Befreiung von den Kita-Gebühren auf sechs Stunden täglich beziehe, Eltern jedoch ihre Kinder länger betreuen lassen könnten. Gegen das Anliegen der CDU sei zwar nichts einzuwenden, weil es Eltern entlaste, „der Antrag ist aber nicht bis hinten gedacht“, sagte Post.

Bürgermeister Matthias Kübel (CDU) sagte ebenfalls, dass mit dem Träger Einvernehmen hergestellt werden müsse, sonst könne der 1. August – dann soll das Landesgesetz in Kraft treten – als geplanter Zeitpunkt der Gebührenbefreiung im Kurort nicht eingehalten werden. Zudem brauche es eine Antragstellung und einen Beschluss der Gemeindevertretung, um die geplante Gebührenbefreiung umzusetzen. Mit sieben Ja- und einer Nein-Stimme bei drei Enthaltungen wurde der geänderte CDU-Antrag angenommen. **nz**